



Interne Anrechnungsregeln für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen im Hause der LBS

Ein Instrument für die Durchführung, Dokumentation und Speicherung von in- und externen Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Insurance Distribution Directive (IDD) und ihrer deutschen Umsetzungsgesetze und -verordnungen

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt dieser Internen Anrechnungsregeln (IAR) ist die Gruppe Vertriebsschulungen (52-8015). Aufgrund des Umfanges diverser Anhänge sind diese zusammen mit diesen IAR in einem elektronischen Ordner unter i:\Schulungsunterlagen abgelegt. Alle Anhänge sind Bestandteil dieser IAR und zu pflegen.

Sofern sich Prozesse, Verfahren, Verträge oder Sonstiges gegenüber den hier gemachten Ausführungen ändern, ist dies Frau Nicole Bosse unter nicole.bosse@lbswest.de mitzuteilen und durch diese in diesen IAR zu dokumentieren, inkl. der Archivierung der bisherigen Versionsvariante.

Der Inhalt dieses Handbuches ist mindestens einmal pro Kalenderjahr auf seine Richtigkeit und Relevanz zu überprüfen.

Münster, den 01.12.2020

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit des Textes wird nur die männliche Sprachform verwendet.

Haftungsausschluss

Alle Inhalte unseres Weiterbildungsprogramms wurden bzw. werden sorgfältig geprüft. Wir bemühen uns, die Bildungsmaßnahmen aktuell und inhaltlich richtig sowie vollständig zu gestalten. Dennoch ist das Auftreten von Fehlern nicht völlig auszuschließen. Eine Garantie für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Qualität und Aktualität kann daher nicht gegeben werden. Gleichmaßen kann eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität unserer Bildungsmaßnahmen und ihrer Anrechenbarkeit hinsichtlich VersVermV-Konformität trotz sorgfältiger Prüfung nicht übernommen werden.

Die Nutzung unserer Website zur Einholung von Informationen sowie der Anmeldung zu Weiterbildungsmaßnahmen ist lediglich ein Service der WebAkademie und geschieht auf eigene Gefahr des Benutzers. Die WebAkademie übernimmt keinerlei Haftung im Falle der Nicht-Anerkennung einer durch den Teilnehmer absolvierten Bildungsmaßnahme durch eine Aufsichtsbehörde. Die WebAkademie übernimmt insbesondere keinerlei Haftung für eventuelle Konsequenzen, die durch die Nicht-Anerkennung oder die in der Maßnahme aufgezeigten Inhalte entstehen.

Übersicht über die Versionen entsprechend der Änderungsdaten

- Version 1.0 vom 01.12.2020, geprüft und freigegeben durch Nicole Bosse

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Präambel

Vorwort

1 Zweck der Anrechnungsregeln für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen (IAR)

- 1.1 Grundsätzliches
- 1.2 Voraussetzungen seitens des Maßnahmenteilnehmers
- 1.3 Planbarkeit
- 1.4 Formate von anrechnungsfähigen Bildungsmaßnahmen
- 1.5 Lernerfolgskontrollen
 - 1.5.1 Grundsätzliches
 - 1.5.2 Arten von Lernerfolgskontrollen
 - 1.5.3 Bewertung von Lernerfolgskontrollen
 - 1.5.4 Dokumentation der Ergebnisse von Lernerfolgskontrollen

2 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer Präsenzmaßnahme

- 2.1 Dokumentation
- 2.2 Zertifikat

3 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer gesteuerten E-Learning – Maßnahme

- 3.1 Teilnahme an einem Webinar
 - 3.1.1 Dokumentation
 - 3.1.2 Lernerfolgskontrollen
 - 3.1.3 Zertifikat
- 3.2 Teilnahme an einem online-Kurs

4 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer Blended Learning – Maßnahme

- 4.1 Dokumentation
- 4.2 Lernerfolgskontrollen
- 4.3 Zertifikat

5 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer selbstgesteuerten Bildungsmaßnahme

- 5.1 Dokumentation
- 5.2 Lernerfolgskontrollen
- 5.3 Zertifikat

6 Anlage

- 6.1 Kompetenzmatrix
- 6.2 Versicherungsvermittlungsverordnung
- 6.3 FAQ

Abkürzungsverzeichnis

AWb	Anbieter von Weiterbildung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
FAQ	Fragen und Antworten zur WB-Verpflichtung nach § 34d Abs. 9 Satz 2 GewO bzw. § 48 Abs. 2 VAG Stand: 15. 10. 20
GewO	Gewerbeordnung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
gut beraten	Brancheninitiative zur Qualitätssicherung von Bildungsmaßnahmen in der Versicherungswirtschaft (BWV)
IAR	Interne Anrechnungsregeln
i.V.m	in Verbindung mit
LBS West	Westdeutsche Landesbausparkasse
LEK	Lernerfolgskontrolle
LMS	Lernmanagement-System
MA	Mitarbeiter/innen
VersVermV	Versicherungsvermittlungsverordnung
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
WB	Weiterbildung
WBM	Weiterbildungsmaßnahme

Präambel

Die Richtlinie (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über den Versicherungsvertrieb, besser bekannt als Insurance Distribution Directive (IDD), fordert in Artikel 10, dass die Herkunftsländer sicherstellen, „dass Versicherungs- und Rückversicherungsvertrieber, die die Tätigkeit des Versicherungs- oder Rückversicherungsvertriebs ausüben, über die angemessenen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, die sie zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen“. (Artikel 10 Abs. 1).

Darüber hinaus fordert die Richtlinie in Artikel 10 Abs. 2, dass diese Personen den Anforderungen ständiger beruflicher Schulung und Weiterbildung genügen, um ein angemessenes Leistungsniveau aufrechtzuerhalten, das den von ihnen wahrgenommenen Aufgaben und dem entsprechenden Markt entspricht.

Die Tätigkeiten sind in der deutschen Umsetzung in § 1a Versicherungsvertragsgesetz (VVG) differenziert und in der Anlage 1 der Versicherungsvermittlungsverordnung (VersVermV) als nicht abschließende Auflistung ergänzt.

Auf diesen Grundlagen und ihren damit korrespondierenden Gesetzen und Verordnungen sowie Ausführungen (FAQ) der BaFin/IHK basieren die nachfolgenden Internen Anrechnungsregeln (IAR).

Vorwort

Der Kontakt zum Kunden sowie eine gute Betreuung und Beratung waren schon immer sehr wichtig für uns. Einer der Grundpfeiler unserer Beziehung zu den Kunden sind unsere Sparkassen-Mitarbeiter. Sie alle können ihre Leistungsversprechen gegenüber dem Kunden nur durch die dauerhafte Sicherung und den Ausbau ihrer fachlichen und Beratungskompetenzen sowie ihrer methodischen und persönlichen Kompetenzen einhalten. Dies ist auch ein Anspruch an uns selber und die Qualität unserer Qualifizierungsmaßnahmen.

In unserer Verantwortung, insbesondere auch im gesetzlichen Kontext, stellen wir sicher, durch unsere Aktivitäten um und mit der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, dass unsere Kunden und Vertragspartner die bestmögliche Betreuung und Beratung erfahren.

In unserer Funktion als Anbieter von Weiterbildungsmaßnahmen (AWb) haben wir uns verpflichtet, unsere Qualifizierungsmaßnahmen an den gesetzlichen Vorgaben der Umsetzungsgesetze und –verordnungen im Kontext an die Anforderungen an eine Tätigkeit in unserem Haus und in der Versicherungswirtschaft auszurichten. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird in unterschiedlichen Dimensionen regelmäßig überprüft.

1. Zweck der Internen Anrechnungsregeln für die Weiterbildungsmaßnahmen (IAR)

1.1 Grundsätzliches

Die IAR beschreiben die Rahmenbedingungen, unter denen ein Maßnahmenteilnehmer einer Bildungsmaßnahme der WebAkademie

- durch seine Teilnahme an einer durch die WebAkademie organisierten und/oder durchgeführten Weiterbildungsmaßnahme
- auf der Basis der gesetzlichen und internen Anrechnungsregeln

anerkannte Weiterbildungszeiten erhalten kann und betrachtet dabei das spezifische AWb-Teilnehmer-Verhältnis.

Die IAR können Sie einsehen unter LBS-WebAkademie.de auf der Homepage der WebAkademie, ferner verweisen wir in den Einladungen nochmals darauf.

Mit Ihrer Anmeldung akzeptieren Sie diese IAR, die damit Bestandteil der Teilnahmevereinbarung werden.

Für Weiterbildungspflichtige werden ausschließlich Qualifizierungsmaßnahmen angerechnet, die die berufliche Handlungsfähigkeit nach § 48 Abs. 2 VAG i.V.m. 1a VVG i.V.m. § 7 Abs. 1 VersVermV und Anlage 1 VAG unterstützen. Damit wird der Grundgedanke der IDD nochmals deutlich hervorgehoben, indem die Kompetenzsicherung und -entwicklung der Weiterbildungspflichtigen bei gleichzeitiger formaler Sicherheit in Formvorgaben für die Organisation und Durchführung einer Qualifizierungsmaßnahme im Vordergrund stehen. Alle anrechenbaren Maßnahmen dienen der Aufrechterhaltung der Fachkompetenz und der personalen Kompetenz des Vermittlers oder Beraters. Dabei entspricht die Weiterbildung mindestens den Anforderungen der ausgeübten Tätigkeiten. Damit steht aufgrund der verbraucherschützenden Zielsetzung der IDD der Kundennutzen im Vordergrund.

Die Internen Anrechnungsregeln bilden die Grundlage eines qualitativ vergleichbaren Handelns als Anbieter der Weiterbildung (AWb) und setzen damit insbesondere die Ausführungen aus § 7 VersVermV mit seinen Anlagen 1 und 3 i.V.m mit den FAQ (Fragen und Antworten zur WB-Verpflichtung nach § 34d Abs. 9 Satz 2 GewO bzw. § 48 Abs. 2 VAG Stand: 15. 10. 20) .

1.2 Voraussetzungen seitens des Maßnahmenteilnehmers

Ihnen als Teilnehmer hat der AWb eine Qualifizierungsmaßnahme als Weiterbildung gutzuschreiben bzw. zu dokumentieren in Form eines Zertifikates, welches die erfolgreiche Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme dokumentiert. Darin enthalten sind

- Beginn- und Ende-Datum der Maßnahme
- Ihr Vor- und Zuname
- der Titel der Maßnahme
- eine Beschreibung der Inhalte der Maßnahme, aus der sich ein Bezug zur Versicherungsvermittlung bzw. -beratung ableiten lässt
- eine Bestätigung des Bildungsdienstleisters, dass die Maßnahme erfolgreich abgeschlossen wurde.
- seine Kontaktdaten.

So müssen AWb unter Wahrung der Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zumindest folgende Informationen zu jeder anrechnungsfähigen Bildungsmaßnahme dokumentieren und aufbewahren:

- Ablaufplan und Konzeption der Bildungsmaßnahme mit einer Beschreibung der Inhalte und erwerbenden Kompetenzen
- Dokumentation der Eignung des Lehrenden bei synchronen Maßnahmen
- Dokumentation der Beschreibung der Maßnahme für die Teilnehmer, die diesen mit angemessenem Vorlauf vor Beginn der Maßnahme mit Nennung der erwerbenden Kompetenzen und dem Umfang in Zeitstunden zur Verfügung stand
- Verbindliche Dokumentation der Teilnahme bei synchronen bzw. systemischen Durchführung bei asynchronen Maßnahmen
- Dokumentation der systemischen Sicherstellung von angemessenen Lernerfolgskontrollen bei asynchronen Maßnahmen.

Die Dokumentationen sind für die Dauer von fünf Kalenderjahren ab dem 31.12. des Jahres der Durchführung der Maßnahme aufzubewahren.

Für die Speicherung von Weiterbildungszeiten für Sie aufgrund Ihrer erfolgreichen Teilnahme an einer Maßnahme der WebAkademie oder bei einem externen Bildungsdienstleister ist die schriftliche Beauftragung durch Sie notwendig. Diese erfolgt automatisch durch Ihre Unterschrift auf der Teilnehmerliste bzw. bei e-Learning-Maßnahmen durch die Anmeldung zur Maßnahme als sogenannte konkludente Handlung Ihrerseits. Sie haben dann nichts mehr zu unternehmen oder zu veranlassen.

Selbstgesteuerte Weiterbildungseinheiten werden nur dann in dem angekündigten Umfang vergeben, wenn die Maßnahme erfolgreich absolviert wurde. Die in der Einladung avisierten Weiterbildungs-Zeiteinheiten sind dem Teilnehmer zu versagen für den Fall, dass die Maßnahme zwar über den vereinbarten Zeitraum stattgefunden hat, Sie aber nicht die gesamte Zeit der Maßnahme (100% bei Präsenz-, 80% bei Webinar-Maßnahmen - (Alles oder Nichts-Prinzip)) anwesend waren. Die genauen Anwesenheitszeiten sind von den durchführenden Referenten/Trainern zu dokumentieren. Maßnahmen, die über einen längeren als den angekündigten Zeitraum stattfinden, sind auf die ursprünglichen Zeiteinheiten-Anrechnungen in der Anrechnung begrenzt. (siehe auch 1.3)

1.3 Anrechenbarkeit von Qualifizierungsmaßnahmen in der Akademie

Anrechenbare Qualifizierungsmaßnahmen müssen Maßnahmen sein,

- deren Inhalte der Komplexität Ihrer Tätigkeit und Ihrem Weiterbildungsbedarf auf der Basis mindestens der ausgeübten Tätigkeit entsprechen. Damit ist nicht zwingend notwendig, dass jährlich alle Elemente aus Ihrem Tätigkeitsgebiet qualifiziert werden müssen.
- deren Inhalten sich an der Anlage 1 der VersVermV sowie Anlage 1 VAG orientieren und einen Bezug zur Versicherungsberatung bzw. –vermittlung abbilden.
- deren anrechenbare Inhalte in vollen Minuten, nicht gerundet, angegeben sind.
- die bei Selbstgesteuerten Bildungsmaßnahmen mit einer erfolgreich absolvierten und dokumentierten Lernerfolgskontrolle abgeschlossen wurden. Die Zeit für eine nicht im Lernprogramm integrierte Lernerfolgskontrolle ist der Anmeldeseite der Maßnahme zu entnehmen und wird zur Durchführungszeit der Qualifizierungsmaßnahme addiert. Für Ihre erfolgreiche Teilnahme erhalten Sie ein Zertifikat. Selbstgesteuerte Qualifizierungsmaßnahmen ohne erfolgreich absolvierte Lernerfolgskontrolle dürfen nicht angerechnet werden.

Eine erfolgreich absolvierte Qualifizierungsmaßnahme mit dem gleichen Inhalt darf Ihnen nur einmal p.a. angerechnet werden.

Auf der Anmeldeseite/Einladung zu Ihrer Maßnahme finden Sie folgende Angaben:

- Beginn und Ende der Maßnahme (bzw. bei Selbstgesteuerten Maßnahmen der Zeitraum, in der sie genutzt werden konnte)
- Titel der Maßnahme
- Inhalt, erwerbende Kompetenzen

- Anzahl der max. erzielbaren Weiterbildungseinheiten in Minuten
- ggf. bewertbare Zeiteinheit für die Lernerfolgskontrolle bei Selbstgesteuerten Lernmaßnahmen
- Angabe zum Trainer/Referenten.

Die Teilnahme an einer Selbstgesteuerten Bildungsmaßnahme setzt Ihre Anmeldung, wie in der Ausschreibung festgehalten, voraus.

1.4 Formate von anrechnungsfähigen Bildungsmaßnahmen

Die WebAkademie der LBS führt Arten von Weiterbildungsmaßnahmen im Sinne der Vorgaben der VersVermV durch. Dies sind Maßnahmen in/als:

- Präsenzform, z.B.
 - Seminare
 - Anbieter-gesteuerte virtuelle Schulungen (synchron- z. B. Webinar)
 - Web-basierte Trainings/Besprechungen
- Selbststudium, z.B.
 - Selbstgesteuerte E-Learning-Formate (asynchron- Lernnuggets)
 - Selbstgesteuertes Lernen mit Printmedien (z.B. Lernbriefe)
- Blending Learning-Formaten, z.B. als Kombination aus Präsenz- und Selbststudium

1.5 Lernerfolgskontrollen

1.5.1 Grundsätzliches

§ 7 der Versicherungsvermittlerverordnung schreibt verbindlich für die Dokumentation einer erfolgreichen Teilnahme an einer Selbstgesteuerten Qualifizierungsmaßnahme eine Lernerfolgskontrolle (LEK) vor.

Die Zeit für Lernerfolgskontrollen ist als Lernzeit bei nicht in das Lern-Programm integrierten LEKs separat auszuweisen und im Vorfeld dem Teilnehmer gegenüber zu veröffentlichen. Sie ist zur reinen Lernzeit der Qualifizierungsmaßnahme zu addieren und muss zur übrigen Lernzeit in einem angemessenen Verhältnis stehen. Von einer Angemessenheit ist auszugehen, wenn die Lernerfolgskontrolle je nach Umfang des Lernprogrammes zwischen 10% und 20% der Lernzeit liegt. Bei gesetzlich vorgegebenen Qualifizierungsmaßnahmen, die als anrechnungsfähig eingestuft wurden, ist die in der jeweiligen Verordnung vorgegebene Prüfungszeit relevant. Grundsätzlich hat die Lernerfolgskontrolle dabei das Niveau und den Inhalt der Weiterbildungsmaßnahme abzubilden. Dabei reicht es, wenn der Inhalt der Lernmaßnahme auszugsweise überprüft wird.

Die Maßnahme ist zudem anrechenbar, sofern die Lernerfolgskontrolle im selben Kalenderjahr erfolgreich abgeschlossen wurde.

Selbststudienmaßnahmen ohne erfolgreich absolvierte angemessene Lernerfolgskontrolle dürfen nicht angerechnet werden.

Lernerfolgskontrollen, die nicht erfolgreich absolviert wurden, führen ebenso wenig wie die vorher absolvierte Bildungsmaßnahme zu einer Anrechnung im Rahmen der Weiterbildungsverpflichtung.

1.5.2 Arten von Lernerfolgskontrollen

Arten von Lernerfolgskontrollen können sein u.a.

- kognitive Tests bestehen (z. B. Multiple- oder Single-Choice, halb-offen und offene Aufgaben schriftlich, im Web oder als Abfrage)
- bewertete Fallaufgaben - bewertete Rollenspiele

1.5.3 Bewertung von Lernerfolgskontrollen

Eine Lernerfolgskontrolle gilt dann als erfolgreich bestanden, wenn der Teilnehmer nachweislich anhand dokumentierter Unterlagen belegt, dass er mindestens die Hälfte der zu erfüllenden Lösungen/Parameter im Sinne der Kompetenzzielvorgaben erfolgreich absolviert hat.

1.5.4 Dokumentation der Ergebnisse von Lernerfolgskontrollen

Die Ergebnisse der Lernerfolgskontrolle sind zu dokumentieren und durch die LBS der absolvierten Bildungsmaßnahme personenbezogen zuzuordnen. Dabei kann sie auf eine aggregierte, pauschale Form von Dokumentation (zum Beispiel die schriftliche Bestätigung des Referenten) zurückgreifen.

2 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer Präsenzmaßnahme

2.1 Dokumentation

Ihre Anwesenheit bei einer Präsenzmaßnahme und deren Dauer wird von der WebAkademie und der durch sie beauftragten Referenten verbindlich dokumentiert. Die durch Sie und den Referenten unterschriebene Teilnehmerliste wird nach der Veranstaltung bei der LBS dokumentiert. Die LBS akzeptiert und dokumentiert die Teilnahme an einer Präsenzmaßnahme, wenn an dieser zu 100 % der anrechenbaren Zeit laut Teilnehmerliste teilgenommen wurde.

2.2 Zertifikat

Nach Ihrer erfolgreichen Teilnahme an der Weiterbildungsmaßnahme werden Ihnen die erworbenen Zeiteinheiten gut geschrieben bzw. dokumentiert. Sie haben dann auch das Anrecht auf ein entsprechendes Weiterbildungszertifikat, welches Sie in der LBS-WebAkademie in der persönlichen Lernhistorie zu der entsprechenden Maßnahme ausdrucken können.

Ihre Teilnahme an einem Präsenzseminar wird durch Teilnehmerlisten und/oder digitale System-Dokumentationen seitens der WebAkademie belegt. Diese sind eine Grundlage für die Anrechnung und werden zu Qualitätssicherungszwecken 10 Jahre DSGVO- und VersVermV-konform gespeichert. Die gespeicherten Daten sind auf Wunsch einsehbar. Sie stimmen hiermit ausdrücklich der Speicherung Ihrer personenbezogenen Bildungsdaten, die sich aus der Anmeldung und der Teilnahme an der Maßnahme ergeben, für die vorgenannte Dauer zu.

Die wiederholte Teilnahme an einer Präsenzmaßnahme mit dem gleichen Inhalten führt nur zu einer erneuten Anrechnung, wenn zwischen dem Zeitpunkt der beiden Teilnahmen mindestens ein Kalenderjahr liegt.

3 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer gesteuerten E-Learning-Maßnahme

Bei einer Bildungsmaßnahme im E-Learning-Format handelt es sich um eine geplante, organisierte Bildungsmaßnahme in Form eines didaktisch strukturierten, durch einen Moderator geführten Lernprogramms, welches keine Präsenz des Teilnehmers in einem Raum mit dem Dozenten vorsieht.

3.1 Teilnahme an einem Webinar

Die wiederholte Teilnahme an Webinaren mit dem gleichen Inhalt führt nur zu einer erneuten Anrechnung, wenn zwischen dem Zeitpunkt der beiden Teilnahmen mindestens ein Kalenderjahr liegt.

3.1.1 Dokumentation

Die erfolgreiche Teilnahme an einem Webinar ist zu dokumentieren. Deshalb ist die Maßnahme nur dann Anrechnungsfähig, wenn mindestens Lernzeiten von 80 % der anrechenbaren Lernzeit im log-Protokoll nachgewiesen werden können (Alles oder Nichts-Prinzip).

Ihre Teilnahme an einem Webinar wird durch log in/log out-Protokolle oder analoge System-Dokumentationen seitens der LBS belegt. Diese sind eine Grundlage für die Anrechnung und werden zu Qualitätssicherungszwecken 10 Jahre DSGVO- und VersVermV-konform gespeichert. Die gespeicherten Daten sind auf Wunsch einsehbar. Sie stimmen ausdrücklich der Speicherung Ihrer personenbezogenen Bildungsdaten, die sich aus der Anmeldung und der Teilnahme an der Maßnahme ergeben, für die vorgenannte Dauer zu.

3.1.2 Lernerfolgskontrollen

Bei gesteuerten E-Learning-Maßnahmen ist ein Abschlusstest nicht zwingend vorgeschrieben.

3.1.3 Zertifikat

Nach einem erfolgreich absolvierten Webinar haben Sie Anrecht auf ein entsprechendes, durch die Akademie auszustellendes Weiterbildungszertifikat, welches Sie in der LBS-WebAkademie in der persönlichen Lernhistorie zu der entsprechenden Maßnahme herunterladen können.

3.2 Teilnahme an einem online-Kurs

Bei einem online-Kurs handelt es sich um eine didaktisch strukturierte, geschlossene Qualifizierungsmaßnahme mit der Nutzung unterschiedlicher Online- Lernmedien. Diese Maßnahme kann sowohl betreut als auch unbetreut (siehe Selbstgesteuerte E-Learning-Maßnahmen) durchgeführt werden.

Die wiederholte Teilnahme an einem online - Kurs mit den gleichen Inhalten führt nur zu einer erneuten Anrechnung, wenn zwischen dem Zeitpunkt der beiden Teilnahmen mindestens ein Kalenderjahr liegt.

Weitere Informationen dazu entnehmen Sie den Ausführungen zu „Webinar“ oder zu einer „Selbstgesteuerten Lernmaßnahme“.

4 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer Blended Learning-Maßnahme

Bei einer Blended Learning-Maßnahme handelt es um eine in sich geschlossene, betreute Qualifizierungsmaßnahme, bestehend aus unterschiedlichen Elementen, mit mindestens einem Lernprogramm und Präsenzseminar und /oder synchroner, virtueller Kommunikation.

4.1 Dokumentation

Die wiederholte Teilnahme an einer Blended Learning-Maßnahme, oder Teilen davon, mit dem gleichen Inhalt führt nur zu einer erneuten Anrechnung, wenn zwischen dem Zeitpunkt der beiden Teilnahmen mindestens ein Kalenderjahr liegt.

Für die Dokumentation gelten die gemeinsamen Regelungen von online-basierten und von Präsenzmaßnahmen.

4.2 Lernerfolgskontrolle

Ist eine Selbstgesteuerte Bildungsmaßnahme Bestandteil des Blended Learning-Konzeptes ist die erfolgreiche Teilnahme an der Lernerfolgskontrolle für diesen Teil Voraussetzung für die Anrechnung der maximal erreichbaren Weiterbildungseinheiten. Wird an dem Test nicht teilgenommen oder wird der Test mit weniger als 50 % der erreichbaren Höchstbewertung nicht bestanden, werden Ihnen keine Weiterbildungseinheiten angerechnet.

Die Teilnahme an dem Präsenzseminar wird durch Teilnehmerlisten oder digitale System-Dokumentationen seitens der LBS belegt. Diese sind eine Grundlage für die Anrechnung und werden zu Qualitätssicherungszwecken 10 Jahre DSGVO- und VersVermV-konform gespeichert. Die gespeicherten Daten sind auf Wunsch einsehbar. Sie stimmen ausdrücklich der Speicherung Ihrer personenbezogenen Bildungsdaten, die sich aus der Anmeldung und der Teilnahme an der Maßnahme ergeben, für die vorgenannte Dauer zu.

4.3 Zertifikat

Nach einer erfolgreich absolvierten Blended Learning-Maßnahme haben Sie Anrecht auf ein entsprechendes, durch die Akademie auszustellendes Weiterbildungszertifikat, welches Sie in der LBS-WebAkademie in der persönlichen Lernhistorie zu der entsprechenden Maßnahme herunterladen können.

5 Zusätzliche Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an einer selbstgesteuerten Bildungsmaßnahme

- (1) Bildungsmaßnahmen im selbstgesteuerten Format erfolgen bei uns auf elektronischer Basis. Bei einem E-Learning-Format handelt es sich um eine in sich geschlossene, elektronische Bildungsmaßnahme in Form einer didaktisch strukturierten, durch selbständiges Lernen ohne Begleitung gekennzeichneten Maßnahme, welche keine Präsenz des Teilnehmers in einem Raum mit dem Dozenten vorsieht. Bei einer selbstgesteuerten Maßnahme mit Print-Medien sind die gleichen Rahmenbedingungen wie bei einer mit digitalen Medien anzusetzen.
- (2) Auch sogenannte Micro-Learnings („Lern-Nuggets“, „Micro-Content“) sind kurze E-Learning-Einheiten, die nicht unbedingt auf einer umfassenden Trainingsunterlage basieren. Diese Einheiten können aus Kurzvideos oder Podcasts mit Begriffsklärungen und/oder kurzen Fallbeispielen bestehen. Micro-Learning Formate können in Selbstlernkurse oder Webinare eingebunden sein, aber auch für sich allein stehen. Für sie gelten die gleichen Rahmenbedingungen wie für Selbstgesteuerte Lernmaßnahmen.

5.1 Dokumentation

Die wiederholte Teilnahme an einer selbstgesteuerten Bildungsmaßnahme mit dem gleichen Inhalt führt nur zu einer erneuten Anrechnung, wenn zwischen dem Zeitpunkt der beiden Teilnahmen mindestens ein Kalenderjahr liegt.

Die erfolgreiche Teilnahme an einer selbstgesteuerten Bildungsmaßnahme ist zu dokumentieren. Deshalb ist die Maßnahme nur dann anrechnungsfähig, wenn eine Lernerfolgskontrolle dokumentiert und erfolgreich abgeschlossen wurde. Diese kann entweder im Kontext einer Blended Learning-Maßnahme (siehe Blended Learning) erfolgen oder durch einen eigenständigen Test, der mit

mindestens 50 % bestanden sein muss, oder interaktive Lernkontrollen in der Lerneinheit, ohne deren erfolgreiche Beantwortung keine Fortführung der Lerneinheit möglich ist.

Die Teilnahme an dem Webinar wird durch log in/log out-Protokolle oder analoge System-Dokumentationen seitens der LBS belegt. Diese sind eine Grundlage für die Anrechnung und werden zu Qualitätssicherungszwecken 10 Jahre gespeichert. Die gespeicherten Daten sind auf Wunsch einsehbar. Sie stimmen hiermit ausdrücklich der Speicherung Ihrer personenbezogenen Bildungsdaten, die sich aus der Anmeldung und der Teilnahme an der Maßnahme ergeben, für die vorgenannte Dauer zu.

Angerechnet wird maximal die vom Lernprogramm-Ersteller definierte Lernzeit, nicht die tatsächlich von Ihnen benötigte.

5.2 Lernerfolgskontrollen

Die erfolgreiche Teilnahme an der Lernerfolgskontrolle ist Voraussetzung für die Anrechnung der maximal erreichbaren Weiterbildungseinheiten der Gesamtmaßnahme.

Wird an der LEK nicht teilgenommen oder wird diese mit weniger als 50 % nicht bestanden, können Ihnen keine Weiterbildungszeiten für die gesamte Maßnahme angerechnet werden. Damit wird deutlich, dass das Erreichen beider Kriterien (Zeit und erfolgreicher Test) Voraussetzung für die Gewährung von Weiterbildungszeiten ist.

Weitere Ausführungen hierzu siehe 5.1 Dokumentation

5.3 Zertifikat

Nach einem erfolgreich absolvierten Webinar haben Sie Anrecht auf ein entsprechendes, durch die LBS auszustellendes Weiterbildungszertifikat, welches Sie in der LBS-WebAkademie in der persönlichen Lernhistorie zu der entsprechenden Maßnahme herunterladen können.

5 Anlage

5.1 Kompetenzbeschreibung

Die Kompetenzmatrix als elementarer Bestandteil der Anrechnungsregeln von gut beraten wird seitens der LBS genutzt und beschreibt die Palette der möglichen und notwendigen Kompetenzbereiche eines Weiterbildungspflichtigen eines Versicherungsunternehmens/ Versicherungsvermittlers und seiner Beschäftigten zur ordnungsgemäßen Ausübung seiner Tätigkeit.

Die nachfolgend aufgeführten Ziffern als „Übersetzung“ der ausgeschriebenen Kompetenzen erleichtert dem Nutzer deren Dokumentation und Handhabung in den notwendigen Unterlagen.

Zur besseren Überprüfbarkeit orientiert es sich an der Nomenklatur der Anrechnungsregeln der Brancheninitiative „gut beraten“ in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

Link zu den Anrechnungsregeln von [gutberaten](#)

Anlage 6.2

1. Versicherungsvermittlungsverordnung vom 17.12.2018 anhand der Bundesdrucksache 487/18

Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb*)

Vom ...

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verordnet auf Grund □ des § 11a Absatz 5 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), der zuletzt durch Artikel 10 Nummer 2 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 396) geändert worden ist,

□ des § 34e in Verbindung mit § 32 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), von denen § 34e durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2789) neu gefasst und § 32 durch Artikel 2 Nummer 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) eingefügt worden sind, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und unter Wahrung der Rechte des Bundestages,

□ des § 34g in Verbindung mit § 32 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), von denen § 34g zuletzt durch Artikel 1 Nummer 7 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2789) geändert und § 32 durch Artikel 2 Nummer 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) eingefügt worden sind, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie

□ des § 34j Absatz 1 in Verbindung mit § 32 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), von denen § 34j Absatz 1 durch Artikel 10 Nummer 7 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 396) und § 32 durch Artikel 2 Nummer 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) eingefügt worden sind:

Artikel 1

Verordnung über die Versicherungsvermittlung und -beratung (Versicherungsvermittlungsverordnung – VersVermV)

Inhaltsübersicht

A b s c h n i t t 1

E r l a u b n i s v e r f a h r e n , S a c h k u n d e n a c h w e i s , W e i t e r b i l d u n g

§ 1 Zusätzliche Angaben bei der Antragstellung

§ 2 Sachkundeprüfung

§ 3 Zuständige Stelle und Prüfungsausschuss

§ 4 Prüfung, Verfahren

§ 5 Gleichstellung anderer Berufsqualifikationen

§ 6 Anerkennung von ausländischen Befähigungsnachweisen im Rahmen der Niederlassungsfreiheit

§ 7 Weiterbildung

A b s c h n i t t 2

V e r m i t t l e r r e g i s t e r

§ 8 Angaben zur Speicherung im Vermittlerregister

§ 9 Mitteilungspflichten

§ 10 Zugang

A b s c h n i t t 3

A n f o r d e r u n g e n a n d i e B e r u f s h a f t p f l i c h t v e r s i c h e r u n g

§ 11 Geltungsbereich der Versicherung

§ 12 Umfang der Versicherung

§ 13 Versicherungsbestätigung, Anzeigepflicht des Versicherungsunternehmens

A b s c h n i t t 4

Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Informationspflichten

§ 14 Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Vergütung, Vermeidung von Interessenkonflikten

§ 15 Information des Versicherungsnehmers

§ 16 Einzelheiten der Mitteilung

§ 17 Behandlung von Beschwerden

Abschnitt 5

Ergänzende Vorschriften für die Vermittlung von Versicherungsanlagenprodukten

§ 18 Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten

§ 19 Vergütung

Abschnitt 6

Zahlungssicherung des Gewerbetreibenden zugunsten des Versicherungsnehmers

§ 20 Sicherheitsleistung, Versicherung

§ 21 Nachweis

§ 22 Aufzeichnungspflicht des Gewerbetreibenden

§ 23 Prüfungen

§ 24 Rechte und Pflichten der an der Prüfung Beteiligten

§ 25 Rückversicherungen

Abschnitt 7

Ordnungswidrigkeiten, Übergangsregelung

§ 26 Ordnungswidrigkeiten

§ 27 Übergangsregelung

Abschnitt 1

Erlaubnisverfahren, Sachkundenachweis, Weiterbildung

§ 1

Zusätzliche Angaben bei der Antragstellung

(1) Mit einem Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 oder 2 der Gewerbeordnung hat der Antragsteller der zuständigen Industrie- und Handelskammer zum Zwecke der späteren Überwachung des Erlaubnisinhabers zusätzlich folgende Angaben zu übermitteln:

1. die natürlichen oder juristischen Personen, die eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung von über 10 Prozent an den Stimmrechten oder am Kapital des Antragstellers halten, sowie die jeweilige Höhe der Beteiligung,
2. die natürlichen oder juristischen Personen mit engen Verbindungen im Sinne des § 7 Nummer 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum Antragsteller, die zu Interessenkonflikten führen können,
3. die Tatsachen, die ausschließen, dass die Beteiligungen im Sinne der Nummer 1 und die engen Verbindungen im Sinne der Nummer 2 die Überwachung durch die zuständige Industrie- und Handelskammer beeinträchtigen.

(2) Änderungen der Angaben nach Absatz 1, die nach Erteilung der Erlaubnis eintreten, hat der Antragsteller der zuständigen Industrie- und Handelskammer unverzüglich mitzuteilen.

§ 2

Sachkundeprüfung

(1) Gegenstand der Sachkundeprüfung nach § 34d Absatz 5 Satz 1 Nummer 4 der Gewerbeordnung sind die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf folgenden Gebieten und deren praktische Anwendung:

1. fachliche Grundlagen:

- a) rechtliche Grundlagen für die Versicherungsvermittlung und –beratung,
- b) sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere Gesetzliche Rentenversicherung, private Vorsorge durch Lebens-, Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherung, Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung, staatliche Förderung und steuerliche Behandlung der privaten Vorsorge und der durch Entgeltumwandlung finanzierten betrieblichen Altersversorgung,
- c) Unfallversicherung, Krankenversicherung und Pflegeversicherung,
- d) verbundene Hausratversicherung und verbundene Gebäudeversicherung,

e) Haftpflichtversicherung, Kraftfahrtversicherung und Rechtsschutzversicherung;

2. Kundenberatung:

a) Bedarfsermittlung,

b) Lösungsmöglichkeiten,

c) Produktdarstellung und Information.

(2) Die Sachkundeprüfung umfasst zu den in Absatz 1 Nummer 1 genannten Grundlagen insbesondere den zielgruppenspezifischen Bedarf, die Angebotsformen, den Leistungsumfang,

den Versicherungsfall sowie die rechtlichen Grundlagen und marktüblichen allgemeinen Versicherungsbedingungen. Die inhaltlichen Anforderungen an die Sachkundeprüfung bestimmen sich nach der Anlage 1.

(3) Personen, die seit dem 31. August 2000 selbständig oder unselbständig ununterbrochen als Versicherungsvermittler oder als Versicherungsberater tätig sind, bedürfen keiner Sachkundeprüfung. Personen, die vor dem 1. Januar 2009 eine Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 oder nach § 34e Absatz 1 der Gewerbeordnung in der zu dem vorstehend genannten Zeitpunkt geltenden Fassung beantragt haben, bedürfen auch im Falle einer nach der Antragstellung eingetretenen Unterbrechung ihrer Tätigkeit als Versicherungsvermittler oder Versicherungsberater keiner Sachkundeprüfung.

§ 3

Zuständige Stelle und Prüfungsausschuss

(1) Die Sachkundeprüfung kann bei jeder Industrie- und Handelskammer abgelegt werden.

(2) Für die Abnahme der Prüfung errichten die Industrie- und Handelskammern Prüfungsausschüsse.

Sie berufen die Mitglieder dieser Ausschüsse. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig, mit der aktuellen Praxis der Versicherungsvermittlung oder -beratung durch eigene Erfahrung vertraut und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.

(3) Mehrere Industrie- und Handelskammern können im Rahmen des § 10 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern Vereinbarungen zur gemeinsamen Durchführung der Sachkundeprüfung, insbesondere über einen gemeinsamen Prüfungsausschuss, schließen.

§ 4

Prüfung, Verfahren

(1) Die Sachkundeprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Die Teilnahme am praktischen Teil der Prüfung setzt das Bestehen des schriftlichen Teils voraus.

(2) Der schriftliche Teil der Prüfung umfasst die in § 2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführten Sachgebiete. Sie sind anhand praxisbezogener Aufgaben und in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander zu prüfen. Der schriftliche Teil der Prüfung kann mit Hilfe unterschiedlicher Medien durchgeführt werden.

(3) Die Auswahl der Prüfungsaufgaben für den schriftlichen Teil der Prüfung trifft ein nach Maßgabe des § 32 Absatz 2 der Gewerbeordnung eingerichteter bundesweit einheitlich tätiger Aufgabenauswahlausschuss. Der Aufgabenauswahlausschuss ist mit acht Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern zu besetzen. Die Berufung der Mitglieder und der Stellvertreter erfolgt nach Anhörung von Vertretern der Versicherungsunternehmen, der Versicherungsmakler, der Versicherungsberater, der Versicherungsvertreter und der Außendienstführungskräfte. Es werden berufen:

1. zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter aus den Reihen der Versicherungsunternehmen oder der Vertreter ihrer Interessen,

2. zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter aus den Reihen der Versicherungsmakler oder der Versicherungsberater oder der Vertreter ihrer Interessen,

3. zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter aus den Reihen der Versicherungsvertreter oder der Vertreter ihrer Interessen,

4. ein Mitglied und ein Stellvertreter aus den Reihen der Außendienstführungskräfte oder der Vertreter ihrer Interessen sowie

5. ein Mitglied und ein Stellvertreter aus den Reihen der Industrie- und Handelskammern oder der Vertreter ihrer Interessen.

Die Mitglieder des Ausschusses sowie ihre Stellvertreter müssen in der Lage sein, sachverständige Entscheidungen zur Aufgabenauswahl zu treffen. Die Prüfungsaufgaben werden auch nach der Prüfung nicht veröffentlicht, sondern stehen den Prüflingen nur während der Prüfung zur Verfügung.

(4) Im praktischen Teil der Prüfung wird jeweils ein Prüfling geprüft. Dieser Prüfungsteil umfasst die Kundenberatung nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 und wird als Simulation eines Kundenberatungsgesprächs durchgeführt. Der Prüfling hat nachzuweisen, dass er über die Fähigkeiten verfügt, kundengerechte Lösungen zu entwickeln und anzubieten.

Dabei kann der Prüfling wählen zwischen den Sachgebieten

1. Vorsorge mit den Teilsachgebieten Lebensversicherung, private Rentenversicherung, Unfallversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Krankenversicherung und Pflegeversicherung,

oder

2. Sach- und Vermögensversicherung mit den Teilsachgebieten Haftpflichtversicherung, Kraftfahrtversicherung, Hausratversicherung, Gebäudeversicherung und Rechtsschutzversicherung.

Die Prüfung ist auf der Grundlage einer Fallvorgabe durchzuführen, die eine Kundenberatungssituation entweder als Versicherungsvermittler oder als Versicherungsberater vorsieht.

(5) Der praktische Teil der Prüfung entfällt, wenn der Prüfling

1. eine Erlaubnis nach § 34f Absatz 1 Satz 1, § 34h Absatz 1 Satz 1 oder § 34i Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung hat, oder

2. einen Sachkundenachweis erlangt hat nach

a) § 34f Absatz 2 Nummer 4 der Gewerbeordnung,

b) § 34h Absatz 1 Satz 4 in Verbindung mit § 34f Absatz 2 Nummer 4 der Gewerbeordnung oder

c) § 34i Absatz 2 Nummer 4.

(6) Die Prüfung ist nicht öffentlich. Es können jedoch folgende Personen anwesend sein:

1. Vertreter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,

2. Mitglieder eines anderen Prüfungsausschusses,

3. Vertreter der Industrie- und Handelskammern,

4. Personen, die beauftragt sind, die Qualität der Prüfungen zu kontrollieren, oder

5. Personen, die dafür vorgesehen sind, in einen Prüfungsausschuss berufen zu werden.

Diese Personen dürfen nicht in die laufende Prüfung eingreifen oder in die Beratung über das Prüfungsergebnis einbezogen werden.

(7) Die Leistung des Prüflings ist von dem Prüfungsausschuss mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ zu bewerten. Die Prüfung ist bestanden, wenn sowohl der schriftliche als auch der praktische Teil der Prüfung jeweils mit „bestanden“ bewertet worden sind.

Der schriftliche Teil der Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling

1. in vier der in § 2 Absatz 1 Nummer 1 genannten Bereiche jeweils mindestens 50 Prozent und

2. in dem verbliebenen Bereich mindestens 30 Prozent der erreichbaren Punkte erzielt. Der praktische Teil der Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 Prozent der erreichbaren Punkte erzielt.

(8) Die Industrie- und Handelskammer stellt unverzüglich eine Bescheinigung nach Anlage 2 aus, wenn der Prüfling die Prüfung bestanden hat. Wurde die Prüfung nicht erfolgreich bestanden, erhält der Prüfling darüber einen Bescheid, in dem er auf die Möglichkeit einer Wiederholung der Prüfung hinzuweisen ist.

(9) Die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens regeln die Industrie- und Handelskammern nach Maßgabe des § 32 Absatz 1 Satz 2 der Gewerbeordnung durch Satzung.

§ 5

Gleichstellung anderer Berufsqualifikationen

(1) Folgende Berufsqualifikationen und deren Vorläufer sind der Sachkundeprüfung gleichgestellt:

1. eine mit Erfolg abgelegte Abschlussprüfung
 - a) als Versicherungskaufmann oder Versicherungskauffrau,
 - b) als Kaufmann für Versicherungen und Finanzen oder als Kauffrau für Versicherungen und Finanzen,
 - c) als Geprüfter Fachwirt für Versicherungen und Finanzen oder als Geprüfte Fachwirtin für Versicherungen und Finanzen oder
 - d) als Geprüfter Fachwirt für Finanzberatung oder als Geprüfte Fachwirtin für Finanzberatung;
 2. ein Abschlusszeugnis
 - a) eines betriebswirtschaftlichen Studiengangs der Fachrichtung Bank, Versicherungen oder Finanzdienstleistung mit einem Hochschulabschluss oder einem gleichwertigem Abschluss,
 - b) als Geprüfter Fachberater für Finanzdienstleistungen oder Geprüfte Fachberaterin für Finanzdienstleistungen mit einer abgeschlossenen Ausbildung als Bank oder Sparkassenkaufmann oder als Bank- oder Sparkassenkauffrau,
 - c) als Geprüfter Fachberater für Finanzdienstleistungen oder Geprüfte Fachberaterin für Finanzdienstleistungen mit einer abgeschlossenen allgemeinen kaufmännischen Ausbildung oder
 - d) als Geprüfter Finanzfachwirt oder Geprüfte Finanzfachwirtin mit einem abgeschlossenen weiterbildenden Zertifikatsstudium an einer Hochschule, wenn zusätzlich eine mindestens einjährige Berufserfahrung im Bereich der Versicherungsvermittlung oder der Versicherungsberatung nachgewiesen wird;
 3. ein Abschlusszeugnis als
 - a) Bank- oder Sparkassenkaufmann oder als Bank- oder Sparkassenkauffrau,
 - b) Investmentfondskaufmann oder Investmentfondskauffrau oder
 - c) Geprüfter Fachberater für Finanzdienstleistungen oder Geprüfte Fachberaterin für Finanzdienstleistungen, wenn zusätzlich eine mindestens zweijährige Berufserfahrung im Bereich der Versicherungsvermittlung oder der Versicherungsberatung nachgewiesen wird.
- (2) Der erfolgreiche Abschluss eines mathematischen, wirtschaftswissenschaftlichen oder rechtswissenschaftlichen Studiums an einer Hochschule oder Berufsakademie wird als Sachkundenachweis anerkannt, wenn in der Regel zusätzlich eine mindestens dreijährige Berufserfahrung im Bereich der Versicherungsvermittlung oder der Versicherungsberatung nachgewiesen wird.

§ 6

Anerkennung von ausländischen Befähigungsnachweisen im Rahmen der Niederlassungsfreiheit

Unterscheiden sich die nach § 13c der Gewerbeordnung vorgelegten Nachweise hinsichtlich der zugrunde liegenden Sachgebiete wesentlich von den Anforderungen der §§ 2 und 4 und gleichen die Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, die die antragstellende Person im Rahmen ihrer Berufspraxis oder durch sonstige einschlägige nachgewiesene Qualifikationen erworben hat, diesen wesentlichen Unterschied nicht aus, so ist die Erlaubnis zur Aufnahme der angestrebten Tätigkeit von der erfolgreichen Teilnahme an einer ergänzenden, diese Sachgebiete umfassenden Sachkundeprüfung (spezifische Sachkundeprüfung) abhängig.

§ 7

Weiterbildung

(1) Durch die Weiterbildung erbringen die nach § 34d Absatz 9 Satz 2 der Gewerbeordnung zur Weiterbildung Verpflichteten den Nachweis, dass sie ihre berufliche Handlungsfähigkeit erhalten, anpassen oder erweitern. Die Weiterbildung muss dabei mindestens den Anforderungen der ausgeübten Tätigkeiten des zur Weiterbildung Verpflichteten entsprechen und die Aufrechterhaltung seiner Fachkompetenz und seiner personalen Kompetenz gewährleisten. Die Weiterbildung kann in Präsenzform, im Selbststudium, durch

betriebsinterne Maßnahmen des Gewerbetreibenden oder in einer anderen geeigneten Form durchgeführt werden. Bei Weiterbildungsmaßnahmen im Selbststudium ist eine nachweisbare Lernerfolgskontrolle durch den Anbieter der Weiterbildung erforderlich.

Der Anbieter muss sicherstellen, dass der Weiterbildungsmaßnahme eine Planung zugrunde liegt, sie systematisch organisiert ist und die Qualifikation derjenigen, die die Weiterbildung durchführen, gewährleistet wird. Die Anforderungen an die Qualität der Weiterbildungsmaßnahme bestimmen sich nach der Anlage 3. Der Erwerb einer der in § 5 aufgeführten Berufsqualifikationen gilt als Weiterbildung.

(2) Die zur Weiterbildung verpflichteten Gewerbetreibenden nach § 34d Absatz 9 Satz 2 der Gewerbeordnung sind verpflichtet, nach Maßgabe des Satzes 2 Nachweise und Unterlagen zu sammeln über Weiterbildungsmaßnahmen, an denen sie und ihre zur Weiterbildung verpflichteten Beschäftigten teilgenommen haben. Aus den Nachweisen und Unterlagen müssen mindestens ersichtlich sein

1. Name und Vorname des Gewerbetreibenden oder des jeweiligen Beschäftigten,
2. Datum, Umfang, Inhalt und Bezeichnung der Weiterbildungsmaßnahme,
3. Name und Vorname oder Firma sowie Adresse und Kontaktdaten des Weiterbildungsanbieters.

Die Nachweise und Unterlagen sind fünf Jahre auf einem dauerhaften Datenträger vorzuhalten und in den Geschäftsräumen aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die Weiterbildungsmaßnahme durchgeführt wurde.

(3) Die zuständige Industrie- und Handelskammer kann anordnen, dass der Gewerbetreibende ihr gegenüber eine unentgeltliche Erklärung mit dem Inhalt nach dem Muster der Anlage 4 über die Erfüllung der Weiterbildungspflicht im vorangegangenen Kalenderjahr durch ihn und seine zur Weiterbildung verpflichteten Beschäftigten abgibt. Die Erklärung kann elektronisch erfolgen.

–

A b s c h n i t t 2

V e r m i t t l e r r e g i s t e r

§ 8

Angaben zur Speicherung im Vermittlerregister

Im Vermittlerregister nach § 11a der Gewerbeordnung werden folgende Angaben zu den Eintragungspflichtigen gespeichert:

1. der Name und der Vorname sowie die Firma der Personenhandelsgesellschaften, in denen der Eintragungspflichtige als geschäftsführender Gesellschafter tätig ist,
2. das Geburtsdatum,
3. die Angabe, ob der Eintragungspflichtige tätig wird
 - a) als Versicherungsmakler
 - aa) mit Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 der Gewerbeordnung,
 - bb) mit Ausnahme von der Erlaubnispflicht nach § 34d Absatz 6 der Gewerbeordnung als produktakzessorischer Versicherungsmakler,
 - b) als Versicherungsvertreter
 - aa) mit Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 der Gewerbeordnung,
 - bb) als gebundener Versicherungsvertreter nach § 34d Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 der Gewerbeordnung,
 - cc) mit Ausnahme von der Erlaubnispflicht nach § 34d Absatz 6 der Gewerbeordnung als produktakzessorischer Versicherungsvertreter
 - oder
 - c) als Versicherungsberater mit Erlaubnis nach § 34d Absatz 2 der Gewerbeordnung,
4. die Bezeichnung und die Anschrift der zuständigen Registerbehörde,
5. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in denen er beabsichtigt, tätig zu werden, sowie bei Bestehen einer Niederlassung die dortige Geschäftsanschrift und die gesetzlichen Vertreter dieser Niederlassung,
6. die betriebliche Anschrift,
7. die Registrierungsnummer nach § 9 Absatz 3,

8. bei einem Versicherungsvermittler, der nach § 34d Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 der Gewerbeordnung keiner Erlaubnis bedarf, das oder die haftungsübernehmenden Versicherungsunternehmen,
 9. der Name und der Vorname der vom Eintragungspflichtigen beschäftigten Personen, die für die Vermittlung oder Beratung in leitender Position verantwortlich sind,
 10. die Geburtsdaten der nach Nummer 9 eingetragenen Personen.
- Ist der Eintragungspflichtige eine juristische Person, so werden auch der Name und der Vorname der natürlichen Personen gespeichert, die innerhalb des für die Geschäftsführung verantwortlichen Organs für die Vermittlertätigkeiten zuständig sind.

§ 9

Mitteilungspflichten

- (1) Der Eintragungspflichtige hat der Registerbehörde die nach § 8 einzutragenden Angaben mitzuteilen. Änderungen der Angaben nach § 8 hat der Eintragungspflichtige der Registerbehörde unverzüglich mitzuteilen.
- (2) Bei Versicherungsvermittlern, die nach § 34d Absatz 7 Nummer 1 der Gewerbeordnung keiner Erlaubnis bedürfen, erfolgt die Übermittlung der einzutragenden Angaben abweichend von Absatz 1 ausschließlich nach § 48 Absatz 4 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.
- (3) Die Registerbehörde erteilt dem Eintragungspflichtigen und im Fall des Absatzes 2 zusätzlich dem oder den mitteilenden Versicherungsunternehmen eine Eintragungsbestätigung mit der Registrierungsnummer, unter der der Eintragungspflichtige im Register geführt wird.
- (4) Die Registerbehörde unterrichtet den Eintragungspflichtigen und im Fall des § 48 Absatz 5 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zusätzlich das Versicherungsunternehmen unverzüglich über eine Datenlöschung nach § 11a Absatz 3 Satz 2 der Gewerbeordnung.

§ 10

Zugang

Die Angaben nach § 8 Satz 1 Nummer 2 und 8 dürfen nicht automatisiert abgerufen werden. Die Registerbehörde darf zu diesen Angaben nur den in § 11a Absatz 7 der Gewerbeordnung genannten Behörden Auskunft erteilen.

A b s c h n i t t 3

A n f o r d e r u n g e n a n d i e B e r u f s h a f t p f l i c h t v e r s i c h e r u n g

§ 11

Geltungsbereich der Versicherung

Die Berufshaftpflichtversicherung nach § 34d Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 der Gewerbeordnung muss für das gesamte Gebiet der Europäischen Union und der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten.

—

§ 12

Umfang der Versicherung

- (1) Die Versicherung nach § 34d Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 der Gewerbeordnung muss bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmen abgeschlossen werden.
- (2) Die Mindestversicherungssumme beträgt 1 276 000 Euro für jeden Versicherungsfall und 1 919 000 Euro für alle Versicherungsfälle eines Jahres. Für die Anpassung dieser Mindestversicherungssummen ist der technische Regulierungsstandard gemäß Artikel 10 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (Neufassung) (ABl. L 26 vom 2.2.2016, S. 19; L 222 vom 17.8.2016, S. 114) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.
- (3) Der Versicherungsvertrag muss Deckung für die sich aus der gewerblichen Tätigkeit nach § 34d Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 der Gewerbeordnung ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden gewähren. Der Versicherungsvertrag muss sich auch auf solche Vermögensschäden erstrecken, für die der Eintragungspflichtige nach § 278 oder § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einzustehen hat, soweit Erfüllungsgehilfen oder

Verrichtungsgehilfen nicht selbst zum Abschluss einer solchen Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet sind. Ist der Gewerbetreibende in einer oder mehreren Personenhandelsgesellschaften als geschäftsführender Gesellschafter tätig, so muss für die jeweilige Personenhandelsgesellschaft jeweils ein Versicherungsvertrag abgeschlossen werden; der Versicherungsvertrag kann auch die Tätigkeit des Gewerbetreibenden nach Satz 1 abdecken.

(4) Der Versicherungsvertrag hat Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung zu gewähren, die gesetzliche Haftpflichtansprüche privatrechtlichen Inhalts gegen den Versicherungspflichtigen zur Folge haben könnte. Dabei kann vereinbart werden, dass sämtliche Pflichtverletzungen bei Erledigung eines einheitlichen Geschäfts als ein Versicherungsfall gelten.

(5) Von der Versicherung kann die Haftung für Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung ausgeschlossen werden. Weitere Ausschlüsse sind nur insoweit zulässig, als sie marktüblich sind und dem Zweck der Berufshaftpflichtversicherung nicht zuwiderlaufen.

§ 13

Versicherungsbestätigung, Anzeigepflicht des Versicherungsunternehmens

(1) Die vom Versicherungsunternehmen erteilte Versicherungsbestätigung nach § 113 Absatz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes darf zum Zeitpunkt der Antragstellung bei der Industrie- und Handelskammer, die für die Erlaubniserteilung nach § 34d Absatz 1 oder 2 der Gewerbeordnung oder für die Erlaubnisbefreiung nach § 34d Absatz 6 der Gewerbeordnung zuständig ist, nicht älter als drei Monate sein.

(2) Das Versicherungsunternehmen ist verpflichtet, der für die Erlaubniserteilung oder der für die Erlaubnisbefreiung zuständigen Industrie- und Handelskammer unverzüglich Folgendes anzuzeigen:

1. die Beendigung des Versicherungsvertrags, insbesondere infolge einer wirksamen Kündigung,
2. das Ausscheiden eines Versicherungsnehmers aus einem Gruppenversicherungsvertrag sowie
3. jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz im Verhältnis zu Dritten beeinträchtigen kann.

Die zuständige Industrie- und Handelskammer hat dem Versicherungsunternehmen das Datum des Eingangs der Anzeige mitzuteilen.

(3) Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Absatz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die für die Erlaubniserteilung oder die für die Erlaubnisbefreiung zuständige Industrie- und Handelskammer.

A b s c h n i t t 4

Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Informationspflichten

§ 14

Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Vergütung, Vermeidung von Interessenkonflikten

(1) Der Gewerbetreibende muss über alle sachgerechten Informationen zu dem Versicherungsprodukt und dem Produktfreigabeverfahren einschließlich des bestimmten Zielmarkts des Versicherungsprodukts verfügen. Satz 1 gilt nicht für Versicherungsverträge über Großrisiken nach § 210 Absatz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes.

(2) Der Gewerbetreibende darf seine Beschäftigten nicht in einer Weise vergüten oder bewerten, die mit ihrer Pflicht, im bestmöglichen Interesse der Versicherungsnehmer zu handeln, kollidiert. Der Gewerbetreibende darf keine Vorkehrungen durch die Vergütung, Verkaufsziele oder in anderer Weise treffen, durch die Anreize für ihn selbst oder seine Beschäftigten geschaffen werden könnten, einem Versicherungsnehmer ein bestimmtes Versicherungsprodukt zu empfehlen, obwohl er ein anderes, den Bedürfnissen des Versicherungsnehmers besser entsprechendes Versicherungsprodukt anbieten könnte.

§ 15

Information des Versicherungsnehmers

(1) Der Gewerbetreibende hat dem Versicherungsnehmer beim ersten Geschäftskontakt folgende Angaben nach Maßgabe des § 16 Absatz 1 mitzuteilen:

1. seinen Familiennamen und Vornamen sowie die Firmen der Personenhandelsgesellschaften, in denen der Eintragungspflichtige als geschäftsführender Gesellschafter tätig ist,
2. seine betriebliche Anschrift,

3. ob er

a) als Versicherungsmakler

-

aa) mit einer Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 der Gewerbeordnung,

bb) mit Ausnahme von der Erlaubnispflicht nach § 34d Absatz 6 der Gewerbeordnung

als produktakzessorischer Versicherungsmakler,

b) als Versicherungsvertreter

aa) mit einer Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 der Gewerbeordnung,

bb) nach § 34d Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 der Gewerbeordnung als gebundener

Versicherungsvertreter,

cc) mit Ausnahme von der Erlaubnispflicht nach § 34d Absatz 6 der Gewerbeordnung als produktakzessorischer Versicherungsvertreter oder

c) als Versicherungsberater mit Erlaubnis nach § 34d Absatz 2 der Gewerbeordnung bei der zuständigen Behörde gemeldet und in das Vermittlerregister nach § 34d Absatz 10 der Gewerbeordnung eingetragen ist und wie sich diese Eintragung überprüfen lässt,

4. ob er eine Beratung anbietet,

5. die Art der Vergütung, die er im Zusammenhang mit der Vermittlung erhält,

6. ob die Vergütung direkt vom Kunden zu zahlen ist oder als Provision oder sonstige Vergütung in der Versicherungsprämie enthalten ist,

7. ob er als Vergütung andere Zuwendungen erhält,

8. ob seine Vergütung aus einer Verknüpfung der in Nummer 6 und 7 genannten Vergütungen besteht,

9. Anschrift, Telefonnummer und die Internetadresse der gemeinsamen Stelle im Sinne des § 11a Absatz 1 der Gewerbeordnung und die Registrierungsnummer, unter der er im Register eingetragen ist,

10. die unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen von über 10 Prozent, die er an den Stimmrechten oder am Kapital eines Versicherungsunternehmens besitzt,

11. die Versicherungsunternehmen oder Mutterunternehmen eines Versicherungsunternehmens,

die eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung von über 10 Prozent an den Stimmrechten oder am Kapital des Informationspflichtigen besitzen,

12. die Anschrift der Schlichtungsstelle, die bei Streitigkeiten zwischen Versicherungsvermittlern oder Versicherungsberatern und Versicherungsnehmern angerufen werden kann.

(2) Der Gewerbetreibende hat sicherzustellen, dass auch seine Beschäftigten die ihm über seine Person obliegenden Mitteilungspflichten nach Absatz 1 erfüllen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Tätigkeiten in Bezug auf Rückversicherungen und Versicherungsverträge über Großrisiken nach § 210 Absatz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes.

§ 16

Einzelheiten der Mitteilung

(1) Die Mitteilung nach § 15 Absatz 1 hat wie folgt zu erfolgen:

1. auf Papier,

2. in klarer, genauer und für den Versicherungsnehmer verständlicher Weise,

3. in einer Amtssprache des Mitgliedstaats, in dem das Risiko belegen ist oder in dem die Verpflichtung eingegangen wird, oder in jeder anderen von den Parteien vereinbarten Sprache, und

4. unentgeltlich.

(2) Abweichend von Absatz 1 Nummer 1 darf die Mitteilung dem Versicherungsnehmer auch über eines der folgenden Medien erteilt werden:

1. über einen anderen dauerhaften Datenträger als Papier, wenn die Nutzung des dauerhaften Datenträgers im Rahmen des getätigten Geschäfts angemessen ist und der Versicherungsnehmer die Wahl zwischen einer Auskunftserteilung auf Papier oder auf einem dauerhaften Datenträger hatte und sich für diesen Datenträger entschieden hat, oder

2. über eine Website,

a) wenn der Zugang für den Versicherungsnehmer personalisiert wird oder

b) wenn:

aa) die Erteilung dieser Auskünfte über eine Website im Rahmen des getätigten Geschäfts angemessen ist,

bb) der Versicherungsnehmer der Auskunftserteilung über eine Website zugestimmt hat,

cc) dem Versicherungsnehmer die Adresse der Website und die dortige Fundstelle der Auskünfte elektronisch mitgeteilt wurden und

dd) es gewährleistet ist, dass diese Auskünfte auf der Website so lange verfügbar bleiben, wie sie für den Versicherungsnehmer vernünftigerweise abrufbar sein müssen.

(3) Der Mitteilungsweg nach Absatz 2 ist insbesondere angemessen, wenn der Versicherungsnehmer eine E-Mail-Adresse für die Zwecke dieses Geschäfts mitteilt.

(4) Handelt es sich um einen telefonischen Kontakt, ist die Mitteilung dem Versicherungsnehmer nach Absatz 1 oder Absatz 2 unmittelbar nach dem ersten Geschäftskontakt zu erteilen.

§ 17

Behandlung von Beschwerden

(1) Der Gewerbetreibende mit einer Erlaubnis nach § 34d Absatz 1 oder 2 der Gewerbeordnung muss über Leitlinien zur Beschwerdebearbeitung verfügen, die von ihm oder von der für die Leitung des Gewerbebetriebs verantwortlichen Person bestimmt wurden. Der Gewerbetreibende oder die für die Leitung des Gewerbebetriebs verantwortliche Person ist verpflichtet, die Leitlinien umzusetzen und ihre Einhaltung zu überwachen. Die Leitlinien sind den mit der Beschwerdebearbeitung befassten Beschäftigten des Gewerbetreibenden schriftlich zugänglich zu machen.

(2) Der Gewerbetreibende hat

1. eine Beschwerdemanagementfunktion einzurichten, die Beschwerden untersucht und dabei mögliche Interessenkonflikte feststellt und vermeidet, soweit der Umfang des Gewerbebetriebs dies erfordert,

2. eine Beschwerde zu registrieren, der zuständigen Industrie- und Handelskammer jederzeit Einsicht in dieses Register zu gestatten und die Daten zur Beschwerdebearbeitung fortlaufend zu untersuchen und zu bewerten,

3. den Eingang einer Beschwerde zu bestätigen und den Beschwerdeführer über das Verfahren zur Beschwerdebearbeitung zu unterrichten,

4. eine Beschwerde an die zuständige Stelle weiterzuleiten und den Beschwerdeführer darüber zu unterrichten, sofern die Beschwerde einen Gegenstand betrifft, für den der Gewerbetreibende nicht zuständig ist,

5. Angaben über das Verfahren zur Beschwerdebearbeitung einschließlich der Angabe, wie eine Beschwerde einzureichen ist, in geeigneter Weise zu veröffentlichen und

6. eine Beschwerde umfassend zu prüfen und dem Beschwerdeführer unverzüglich in verständlicher Sprache zu antworten.

Ist im Falle des Satzes 1 Nummer 6 eine unverzügliche Antwort nicht möglich, unterrichtet der Gewerbetreibende den Beschwerdeführer über die Gründe für die Verzögerung und darüber, wann die Prüfung voraussichtlich abgeschlossen sein wird. Unterrichtungen nach den Sätzen 1 und 2 sind auf Wunsch des Beschwerdeführers schriftlich zu erteilen.

(3) Sofern der Gewerbetreibende der Beschwerde nicht oder nicht vollständig nachkommen

kann, hat er dem Beschwerdeführer die Gründe dafür zu erläutern und ihn auf Möglichkeiten hinzuweisen, wie er sein Anliegen weiter verfolgen kann.

(4) Wenn der Versicherungsnehmer zur außergerichtlichen Beilegung einer Streitigkeit zwischen ihm und dem Gewerbetreibenden die Schlichtungsstelle nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Versicherungsvertragsgesetzes anruft, ist der Gewerbetreibende verpflichtet, an dem Schlichtungsverfahren teilzunehmen.

Abschnitt 5 Ergänzende Vorschriften für die Vermittlung von Versicherungsanlageprodukten

§ 18

Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten

Gewerbetreibende, die Versicherungsanlageprodukte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 17 der Richtlinie (EU)2016/97 vermitteln oder dazu beraten, müssen angemessene Maßnahmen treffen, um Interessenkonflikte zu erkennen und zu vermeiden, die zwischen ihnen, den bei der Vermittlung oder Beratung mitwirkenden oder in leitender Position verantwortlichen Personen oder anderen Personen, die mit ihnen unmittelbar oder mittelbar durch Kontrolle verbunden sind, und den Versicherungsnehmern oder zwischen den Versicherungsnehmern auftreten können. § 48a Absatz 4 und 5 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

§ 19

Vergütung

Gewerbetreibende, die im Zusammenhang mit der Vermittlung eines Versicherungsanlageprodukts eine Zuwendung an Dritte zahlen oder eine Zuwendung von einem Dritten erhalten, der nicht Versicherungsnehmer oder eine Person ist, die im Auftrag des Versicherungsnehmers tätig wird, müssen dafür Sorge tragen, dass die Zuwendung sich nicht nachteilig auf die Qualität der Vermittlung auswirkt. Die Zuwendung darf nicht die Verpflichtung des Gewerbetreibenden beeinträchtigen, im besten Interesse des Versicherungsnehmers ehrlich, redlich und professionell im Sinne des § 1a Absatz 1 Satz 1 des Versicherungsvertragsgesetzes zu handeln.

Abschnitt 6

Zahlungssicherung des Gewerbetreibenden zugunsten des Versicherungsnehmers

§ 20

Sicherheitsleistung, Versicherung

(1) Der Gewerbetreibende darf für das Versicherungsunternehmen bestimmte Zahlungen, die der Versicherungsnehmer im Zusammenhang mit der Vermittlung oder dem Abschluss eines Versicherungsvertrags an ihn leistet, nur annehmen, wenn der Gewerbetreibende zuvor eine Sicherheit geleistet oder eine geeignete Versicherung abgeschlossen hat, die den Versicherungsnehmer dagegen schützt, dass der Gewerbetreibende die Zahlung nicht an das Versicherungsunternehmen weiterleiten kann. Dies gilt nicht, soweit der Gewerbetreibende seitens des Versicherungsunternehmens zur Entgegennahme von Zahlungen des Versicherungsnehmers bevollmächtigt ist.

(2) Wenn der Gewerbetreibende Leistungen des Versicherungsunternehmens annimmt, die dieses auf Grund eines Versicherungsvertrags an den Versicherungsnehmer zu erbringen hat, gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Diese Verpflichtung besteht nicht, soweit der Gewerbetreibende seitens des Versicherungsnehmers zur Entgegennahme von Leistungen des Versicherungsunternehmens nach § 64 des Versicherungsvertragsgesetzes bevollmächtigt ist.

(3) Die Sicherheit nach Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1, kann durch die Stellung einer Bürgschaft oder einer anderen vergleichbaren Verpflichtung geleistet

werden. Als Bürge können nur Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland, Kreditinstitute, die im Inland zum Geschäftsbetrieb befugt sind, sowie Versicherungsunternehmen bestellt werden, die zum Betrieb der Kautionsversicherung im Inland befugt sind. Die Bürgschaft darf nicht vor dem Zeitpunkt ablaufen, der sich aus Absatz 6 ergibt.

(4) Versicherungen sind im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 geeignet, wenn

1. das Versicherungsunternehmen zum Betrieb der Vertrauensschadenversicherung im Inland befugt ist und

2. die Allgemeinen Versicherungsbedingungen des Versicherungsunternehmens dem Schutzzweck des Absatzes 1 Satz 1 nicht zuwiderlaufen, insbesondere den Versicherungsnehmer aus dem Versicherungsvertrag auch in den Fällen der Insolvenz des Gewerbetreibenden unmittelbar berechtigen.

(5) Sicherheiten und Versicherungen können nebeneinander geleistet und abgeschlossen werden. Sie können für jedes einzelne Vermittlungsgeschäft oder für mehrere gemeinsam geleistet oder abgeschlossen werden. Insgesamt hat die Mindestsicherungssumme 4 Prozent der jährlichen vom Gewerbetreibenden entgegengenommenen Prämieinnahmen zu entsprechen, mindestens jedoch 19 200 Euro. Für die Anpassung der Mindestsicherungssumme ist der technische Regulierungsstandard nach Artikel 10 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2016/97 anzuwenden.

(6) Der Gewerbetreibende hat die Sicherheiten und Versicherungen aufrechtzuerhalten, bis er die Vermögenswerte an das Versicherungsunternehmen weitergeleitet hat.

(7) Hat im Zeitpunkt einer Zahlungsannahme der Gewerbetreibende seine Hauptniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, so genügt der Gewerbetreibende seiner Verpflichtung nach Absatz 1 auch dann, wenn der nach Artikel 10 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2016/97 notwendige Schutz des Versicherungsnehmers durch die Vorschriften des anderen Staates sichergestellt ist.

§ 21

Nachweis

Soweit der Gewerbetreibende nach § 20 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 Sicherheiten zu leisten oder Versicherungen abzuschließen hat, hat er diese dem Versicherungsnehmer auf Verlangen nachzuweisen.

§ 22

Aufzeichnungspflicht des Gewerbetreibenden

(1) Der Gewerbetreibende hat nach Maßgabe des Satzes 2 und Absatzes 2 die Pflicht, Aufzeichnungen zu machen sowie die dort genannten Belege übersichtlich zu sammeln. Die Aufzeichnungen sind unverzüglich und in deutscher Sprache anzufertigen.

(2) Aus den Aufzeichnungen und Belegen des Gewerbetreibenden müssen folgende Angaben ersichtlich sein, soweit sie im Einzelfall in Betracht kommen

1. der Name und Vorname oder die Firma sowie die Anschrift des Versicherungsnehmers,

2. ob und inwieweit der Gewerbetreibende zur Entgegennahme von Zahlungen oder sonstigen Leistungen ermächtigt ist,

3. Art und Höhe der Vermögenswerte des Versicherungsnehmers, die der Gewerbetreibende zur Weiterleitung an ein Versicherungsunternehmen erhalten hat,

4. Art, Höhe und Umfang der vom Gewerbetreibenden für die Vermögenswerte zu leistenden Sicherheit und abzuschließenden Versicherung, Name oder Firma und Anschrift des Bürgen und der Versicherung,

5. die Verwendung der Vermögenswerte des Versicherungsnehmers.

Mit den Aufzeichnungen sind als Beleg Kopien der Bürgschaftsurkunde und des Versicherungsscheins in den Unterlagen zu sammeln.

(3) Der Versicherungsberater hat darüber hinaus unverzüglich Aufzeichnungen über Art und Höhe der Einnahmen, die er für seine Tätigkeit erhalten hat, den Namen und Vornamen

oder die Firma sowie die Anschrift des Leistenden anzufertigen und die Aufzeichnungen und Belege übersichtlich zu sammeln.

(4) Soweit sich aus handels- oder steuerrechtlichen Bestimmungen Pflichten zur Buchführung ergeben, die zugleich den Pflichten nach den Absätzen 1 bis 3 gerecht werden, kann der Aufzeichnungspflichtige auf diese Buchführung verweisen.

(5) Die in Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 genannten Aufzeichnungen und Belege sind fünf Jahre auf einem dauerhaften Datenträger vorzuhalten und in den Geschäftsräumen aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem der letzte aufzeichnungspflichtige Vorgang für den jeweiligen Auftrag angefallen ist.

§ 23

Prüfungen

(1) Die für die Erlaubniserteilung nach § 34d Absatz 1 oder Absatz 2 der Gewerbeordnung zuständige Industrie- und Handelskammer kann aus besonderem Anlass anordnen, dass der Gewerbetreibende sich im Rahmen einer außerordentlichen Prüfung durch einen geeigneten Prüfer auf die Einhaltung der sich aus den §§ 20 und 22 ergebenden Pflichten auf seine Kosten überprüfen lässt. Der Prüfer wird von der nach Satz 1 zuständigen Behörde bestimmt. Der Prüfungsbericht hat einen Vermerk darüber zu enthalten, ob und welche Verstöße des Gewerbetreibenden festgestellt worden sind. Der Prüfer hat den Vermerk mit Angabe von Ort und Datum zu unterzeichnen, wobei die elektronische Namenswiedergabe genügt.

(2) Für Versicherungsberater kann die für die Erteilung der Erlaubnis nach § 34d Absatz 2 der Gewerbeordnung zuständige Industrie- und Handelskammer darüber hinaus aus besonderem Anlass anordnen, dass der Versicherungsberater sich auf Einhaltung der sich aus § 34d Absatz 2 Satz 4 der Gewerbeordnung ergebenden Verbots überprüfen lässt. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Geeignete Prüfer sind

1. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Wirtschaftsprüfungs- und Buchprüfungsgesellschaften,

2. Prüfungsverbände, zu deren gesetzlichem oder satzungsmäßigem Zweck die regelmäßige und außerordentliche Prüfung ihrer Mitglieder gehört, sofern

a) mindestens einer ihrer gesetzlichen Vertreter Wirtschaftsprüfer ist,

b) sie die Voraussetzungen zur Zusammensetzung des Vorstandes nach § 63b Absatz 5 des Genossenschaftsgesetzes erfüllen oder

c) sie sich für ihre Prüfungstätigkeit selbständiger Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungs- oder Buchprüfungsgesellschaft bedienen.

(4) Geeignete Prüfer sind auch andere Personen, die öffentlich bestellt oder zugelassen worden sind und die auf Grund ihrer Vorbildung und Erfahrung in der Lage sind, eine ordnungsgemäße Prüfung in dem jeweiligen Gewerbebetrieb durchzuführen, sowie Zusammenschlüsse dieser Personen.

§ 24

Rechte und Pflichten der an der Prüfung Beteiligten

(1) Der Gewerbetreibende hat dem Prüfer Einsicht in die Bücher, Aufzeichnungen und Unterlagen zu gestatten. Er hat dem Prüfer alle Aufklärungen und Nachweise auf Verlangen zu geben, die der Prüfer für eine sorgfältige Prüfung benötigt.

(2) Der Prüfer ist zur gewissenhaften und unparteilichen Prüfung und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Er darf nicht unbefugt Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse verwerten, die er bei seiner Tätigkeit erfahren hat. Ein Prüfer, der vorsätzlich oder fahrlässig seine Pflichten verletzt, ist dem Gewerbetreibenden zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Mehrere Personen haften als Gesamtschuldner.

§ 25

Rückversicherungen

Die §§ 20 bis 24 gelten nicht für die Vermittlung von und die Beratung über Rückversicherungen.

Abschnitt 7

Ordnungswidrigkeiten, Übergangsregelung

§ 26

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 144 Absatz 2 Nummer 1b der Gewerbeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 7 Absatz 2 Satz 3 oder § 22 Absatz 5 Satz 1 einen Nachweis, eine Unterlage, eine Aufzeichnung oder einen Beleg nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 7 Absatz 3 Satz 1 zuwiderhandelt,
3. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 2 oder § 15 Absatz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht, entgegen § 20 Absatz 1 Satz 1 eine Zahlung annimmt,
4. entgegen § 20 Absatz 6 eine Sicherheit oder eine Versicherung nicht, nicht richtig oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufrechterhält,
5. entgegen § 21 einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erbringt oder
6. entgegen § 22 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig fertigt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 145 Absatz 2 Nummer 8 der Gewerbeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine in Absatz 1 bezeichnete Handlung in Ausübung eines Reisegewerbes begeht.

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 146 Absatz 2 Nummer 11 der Gewerbeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine in Absatz 1 bezeichnete Handlung in Ausübung eines Messe-, Ausstellungs- oder Marktgewerbes begeht.

§ 27

Übergangsregelung

Ein vor dem 1. Januar 2009 erworbener Abschluss als Versicherungsfachmann oder Versicherungsfachfrau des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. steht der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung nach § 2 gleich.

Anlage 1 VersVermV

(zu § 2 Absatz 2 Satz 2)

Inhaltliche Anforderungen an die Sachkundeprüfung

1. Kundenberatung

- 1.1 Serviceerwartungen des Kunden
- 1.2 Besuchsvorbereitung/Kundenkontakte
- 1.3 Kundengespräch unter Beachtung ethischer Grundsätze
 - 1.3.1 Kundensituation und Kundenbedarf
 - 1.3.2 Kundengerechte Lösungen
 - 1.3.3 Gesprächsführung und Systematik
- 1.4 Kundenbetreuung

2. Rechtliche Grundlagen

- 2.1 Vertragsrecht
 - 2.1.1 Geschäftsfähigkeit
 - 2.1.2 Zustandekommen von allgemeinen Verträgen
 - 2.1.3 Grundlagen des Versicherungsvertrages
 - 2.1.4 Beginn und Ende des Versicherungsvertrages
- 2.2 Besondere Rechtsvorschriften für den Versicherungsvertrag
 - 2.2.1 Versicherungsschein

- 2.2.2 Beitragszahlung
- 2.2.3 Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- 2.2.4 Vorvertragliche Anzeigepflicht
- 2.2.5 Gefahrerhöhung
- 2.2.6 Pflichten im Schadenfall
- 2.2.7 Eigentumswechsel in der Schadenversicherung
- 2.3 Vermittler- und Beraterrecht
 - 2.3.1 Allgemeine Rechtsstellung
 - 2.3.2 Grundlagen für die Tätigkeit
 - 2.3.3 Besondere Rechtsstellung
 - 2.3.4 Umgang mit Interessenkonflikten
 - 2.3.5 Berufsvereinigungen/Berufsverbände
 - 2.3.6 Arbeitnehmervertretungen
- 2.4 Wettbewerbsrecht
 - 2.4.1 Allgemeine Wettbewerbsgrundsätze
 - 2.4.2 Unzulässige Werbung
- 2.5 Verbraucherschutz
 - 2.5.1 Grundlagen des Verbraucherschutzes
 - 2.5.2 Schlichtungsstellen und Behandlung von Beschwerden
 - 2.5.3 Datenschutz
- 2.6 Versicherungsaufsicht: Zuständigkeiten
- 2.7 Europäischer Binnenmarkt: Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit
- 2.8 Geldwäschegesetz

3. Vorsorge

- 3.1 Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)
 - 3.1.1 Einführung
 - 3.1.2 Versicherungspflicht
 - 3.1.3 Rentenrechtliche Zeiten
 - 3.1.4 Renten
 - 3.1.5 Rentenberechnung
 - 3.1.6 Versorgungslücke
 - 3.1.7 Steuerliche Behandlung der GRV
- 3.2 Private Vorsorge durch Lebens- /Rentenversicherungen, Versicherungsanlageprodukte und Versicherungen zur Arbeitskraftabsicherung
 - 3.2.1 Grundlagen: Angebotsformen; Leistungsumfang; Beitrag; Antragsaufnahme; Versicherungsfall; Besonderheiten
 - 3.2.2 Staatliche Förderung und steuerliche Behandlung der privaten Vorsorge: Basisversorgung; Kapitalgedeckte Zusatzversorgung (§§ 10a, 79 ff EStG), Versicherungsanlageprodukte; Weitere Versicherungsprodukte
- 3.3 Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung (Direktversicherung und Pensionskasse durch Entgeltumwandlung)
 - 3.3.1 Grundlagen: Definition; Berechtigter Personenkreis; Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung; Gleichbehandlung; Unverfallbarkeit; Vorzeitiges Ausscheiden; Vorzeitige Altersleistung; Insolvenz des Arbeitgebers
 - 3.3.2 Grundzüge der Durchführungswege Direktversicherung und Pensionskasse
 - 3.3.3 Steuerliche Behandlung der Beiträge und Leistungen
 - 3.3.4 Sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Beiträge und Leistungen

3.4 Gesetzliche und private Unfallversicherung

- 3.4.1 Einführung: Bedarf; Zielgruppen

- 3.4.2 Gesetzliche Unfallversicherung (GUV)
- 3.4.3 Leistungsumfang der privaten Unfallversicherung: Unfallbegriff und Geltungsbereich; Leistungsarten; Ausschlüsse; Besonderheiten
- 3.4.4 Versicherungssummen; Anpassung; Besonderheiten
- 3.4.5 Tarifaufbau und -anwendung
- 3.4.6 Antragsaufnahme: Versicherbare Personen; Aufbau und Inhalt der Anträge; Annahmerichtlinien
- 3.4.7 Versicherungsfall
- 3.4.8 Steuerliche Behandlung der Beiträge und Leistungen

3.5 Gesetzliche und private Krankenversicherung/ soziale und private Pflegeversicherung

- 3.5.1 Einführung: Bedarf; Zielgruppen
- 3.5.2 Gesetzliche Krankenversicherung
- 3.5.3 Private Krankenversicherung: Bedarfsermittlung; Leistungsumfang; Beitragsermittlung; Beginn und Ende des Versicherungsschutzes; Antragsaufnahme; Annahmerichtlinien; Versicherungsfall
- 3.5.4 Soziale und private Pflegeversicherung; Private Pflegezusatzversicherung
- 3.5.5 Steuerliche Behandlung der Beiträge und Leistungen

4. Sach-/Vermögensversicherung

4.1 Haftpflichtversicherung

- 4.1.1 Einführung: Bedarf; Zielgruppen; Haftungsgrundsätze
- 4.1.2 Leistungsumfang: Haftung/Deckung; Aufgaben; Versichertes Risiko; Zielgruppen; Versicherte Personen; Ausschlüsse
- 4.1.3 Versicherungssumme
- 4.1.4 Tarifaufbau und -anwendung
- 4.1.5 Antragsaufnahme: Aufbau und Inhalte der Anträge; Annahmerichtlinien
- 4.1.6 Versicherungsfall
- 4.1.7 Besonderheiten
- 4.1.8 Steuerliche Behandlung der Beiträge

4.2 Kraftfahrtversicherung

- 4.2.1 Einführung: Bedarf; Zielgruppen; Haftungsgrundsätze
- 4.2.2 Leistungsumfang der Haftpflichtversicherung: Aufgaben; Haftung/Deckung; Direktanspruch; Versicherungssummen in der Haftpflichtversicherung; versicherte Personen; Ausschlüsse; Umweltschadenversicherung
- 4.2.3 Leistungsumfang der Fahrzeugversicherung: Kundennutzen; Versicherte Gefahren und Schäden; Versicherte Sachen; Ersatzleistung; Ausschlüsse
- 4.2.4 Leistungsumfang der Fahrerunfallversicherung: Versicherte Gefahren und Schäden; Versicherte Personen; Ausschlüsse;
- 4.2.5 Leistungsumfang des Autoschutzbriefes: Versicherte Gefahren; Versicherte Personen; Ausschlüsse
- 4.2.6 Beitragsermittlung: Tarifierungsmerkmale; Tarifaufbau und -anwendung; Besonderheiten in der Kraftfahrtversicherung
- 4.2.7 Antragsaufnahme: Aufbau und Inhalt der Anträge; Annahmerichtlinien
- 4.2.8 Beginn des Versicherungsschutzes
- 4.2.9 Obliegenheiten
- 4.2.10 Versicherungsfall: Pflichten des Versicherungsnehmers; Schadenregulierung; Rückstufung
- 4.2.11 Besonderheiten

4.3 Hausratversicherung

- 4.3.1 Einführung; Bedarf

- 4.3.2 Leistungsumfang: Versicherte Sachen; Entschädigungsgrenzen; Versicherte Gefahren; Klauseln; Versicherte Schäden; Versicherte Kosten; Versicherungsort; Außenversicherung
- 4.3.3 Versicherungswert/Versicherungssumme
- 4.3.4 Beitragsermittlung: Risikomerkmale; Tarifaufbau und -anwendung
- 4.3.5 Antragsaufnahme: Aufbau und Inhalt der Anträge; Annahmerichtlinien
- 4.3.6 Versicherungsfall
- 4.3.7 Besonderheiten
- 4.3.8 Haushaltglasversicherung nach den AGIB

4.4 Gebäudeversicherung

- 4.4.1 Einführung: Bedarf, Zielgruppen
- 4.4.2 Leistungsumfang: Versicherte Sachen; Versicherte Gefahren und Schäden; Klauseln; Versicherte Kosten; Versicherter Mietausfall
- 4.4.3 Versicherungsformen
- 4.4.4 Entschädigungsleistung für Sachen
- 4.4.5 Beitragsermittlung: Risikomerkmale; Tarifaufbau und -anwendung;
- 4.4.6 Antragsaufnahme: Aufbau und Inhalt der Anträge; Annahmerichtlinien
- 4.4.7 Versicherungsfall
- 4.4.8 Feuer-Rohbauversicherung
- 4.4.9 Besonderheiten

4.5 Rechtsschutzversicherung

- 4.5.1 Einführung: Bedarf; Zielgruppen
- 4.5.2 Leistungsumfang: Leistungsarten; Versicherte Personen; Geltungsbereich; Ausschlüsse
- 4.5.3 Beitragsermittlung: Risikomerkmale; Tarifaufbau und -anwendung
- 4.5.4 Antragsaufnahme: Aufbau und Inhalt der Anträge; Annahmerichtlinien
- 4.5.5 Versicherungsfall
- 4.5.6 Besonderheiten

Anlage 3 VersVermV

(zu § 7 Absatz 1)

Anforderungen an die Qualität der Weiterbildungsmaßnahme

1. Planung

1.1 Die Weiterbildungsmaßnahme ist mit zeitlichem Vorlauf zu ihrer Durchführung konzipiert.

1.2 Die Weiterbildungsmaßnahme ist in nachvollziehbarer Form für die Teilnehmer beschrieben.

1.3 Der Weiterbildungsmaßnahme liegt eine Ablaufplanung zugrunde, auf die sich die Durchführung stützt.

2. Systematische Organisation

2.1 Teilnehmer erhalten im Vorfeld der Weiterbildungsmaßnahme eine Information bzw. eine Einladung in Textform.

2.2 Die Information bzw. die Einladung enthält eine Beschreibung der Weiterbildungsmaßnahme,

aus der die Teilnehmer die erwerbbaeren Kompetenzen sowie den Umfang der Weiterbildungsmaßnahme in Zeitstunden entnehmen können.

2.3 Die Anwesenheit jedes Teilnehmers wird vom Durchführenden der Weiterbildungsmaßnahme verbindlich dokumentiert und nachvollziehbar archiviert. Dies gilt auch für Lernformen wie dem selbstgesteuerten Lernen, dem Blended Learning und dem e-Learning. Bei Weiterbildungsmaßnahmen im Selbststudium ist eine nachweisbare Lernerfolgskontrolle durch den Anbieter der Weiterbildung sicherzustellen.

3. Anforderungen an die Durchführenden der Weiterbildungsmaßnahme

3.1 Diejenigen, die die Weiterbildungsmaßnahme durchführen, verfügen über die erforderliche Fachkompetenz auf dem Gebiet, das Gegenstand der Weiterbildungsmaßnahme ist.

3.2 Systematische Prozesse stellen die Einhaltung dieser Anforderungen sicher.

Anlage 6.3

Auszüge zu den Fragen und Antworten zur Weiterbildungsverpflichtung nach § 34d Absatz 9 Satz 2 Gewerbeordnung (GewO) bzw. § 48 Absatz 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) Stand: 15. Oktober 2020

Vorwort

Seit dem 23. Februar 2018 besteht für Versicherungsvermittler und -berater sowie deren unmittelbar bei der Vermittlung oder Beratung mitwirkende Beschäftigte eine gesetzliche Weiterbildungspflicht in einem Umfang von 15 Stunden je Kalenderjahr nach § 34d Absatz 9 Satz 2 GewO bzw. § 48 Absatz 2 VAG. Konkretisiert ist die Weiterbildung durch § 7 der Verordnung über die Versicherungsvermittlung und -beratung (VersVermV). Die Weiterbildungsverpflichtung beruht auf Art. 10 Absatz 1 und 2 und Anhang I der Richtlinie über den Versicherungsvertrieb (IDD). Die Einhaltung der Weiterbildungspflicht wird durch die Industrie- und Handelskammern (IHKs) sowie – für gebundene Versicherungsvermittler – mittelbar durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) überprüft.

In der Praxis haben sich zahlreiche Fragen zur Weiterbildungspflicht betreffend den Kreis der Betroffenen, Umfang und Inhalt ergeben, auf die mit vorliegendem Fragen-Antwort-Katalog (FAQs) eingegangen werden soll. Die FAQs wurden zwischen der IHK-Organisation und der BaFin gemeinsam abgestimmt. Den Branchenverbänden wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die FAQs sind nicht abschließend. Regelmäßige Überarbeitungen sollen den praktischen Bedürfnissen entsprechend stattfinden.

Die FAQs werden vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK), den Industrie- und Handelskammern (IHKs) und der BaFin der Branche kommuniziert und können von Unternehmen, vertriebllich Tätigen, Anbietern von Bildungsmaßnahmen, Kunden, Verbraucherschutzorganisationen und weiteren interessierten Kreisen eingesehen werden. Überarbeitete Fassungen werden jeweils öffentlich bekannt gegeben.

5. Welche Inhalte müssen die Weiterbildungsmaßnahmen haben, um Berücksichtigung zu finden?

Die Weiterbildung muss nach § 7 Absatz 1 VersVermV die Aufrechterhaltung der Fachkompetenz und der personalen Kompetenz des Vermittlers oder Beraters gewährleisten.

Durch die Weiterbildung erbringen die zur Weiterbildung Verpflichteten den Nachweis, dass sie ihre berufliche Handlungsfähigkeit erhalten, anpassen oder erweitern, wobei die Weiterbildung mindestens den Anforderungen der ausgeübten Tätigkeiten entsprechen muss. Dabei steht aufgrund der verbraucherschützenden Zielsetzung der IDD der Kundennutzen im Vordergrund.

Inhalte, die unter Anlage 1 der VersVermV gefasst werden können, sind anzuerkennen. Die Anlage 1 ist jedoch nicht abschließend. Auch Inhalte, die nicht in Anlage 1 erfasst sind, bei denen der Bezug zur Versicherungsvermittlung/-beratung

aber erkennbar ist, werden anerkannt (z. B. Transportversicherung, Cyberversicherung, Warenkreditversicherung).

Auch anerkannt werden Weiterbildungen zu den in Anlage 1 VAG genannten Versicherungssparten.

Aus der Bezeichnung bzw. dem Inhalt der Weiterbildungsmaßnahme muss sich ein Bezug zur Versicherungsvermittlung und –beratung bzw. Anlage 1 ergeben.

□ siehe Anlage 1 VersVermV http://www.gesetze-im-internet.de/versvermv_2018/anlage_1.html

□ siehe Anlage 1 VAG https://www.gesetze-im-internet.de/vag_2016/anlage_1.html

Auch Produktinformationsveranstaltungen werden anerkannt, sofern die Veranstaltungen das jeweilige Produkt (z. B. Art, Inhalt, Umfang und Bedingungen von Versicherungsprodukten) zum Gegenstand haben und es sich nicht um reine Verkaufs- oder Werbeveranstaltungen handelt. Nicht anrechenbar sind insofern Maßnahmen zur Umsatzplanung oder -motivation von vertrieblich Tätigen.

Nicht anerkannt werden Weiterbildungen mit versicherungsfremden Inhalten (z. B. Themen zum Gesundheitsmanagement oder der mentalen Unterstützung des Lernenden) oder Weiterbildungen ohne konkreten Bezug zur Versicherungsvermittlung und –beratung (z. B. allgemein betriebswirtschaftliche Weiterbildungen zur Unternehmensführung).

Ebenso wenig können Veranstaltungen zu den Themen Finanzanlagen/ Immobiliendarlehen/ Bausparen anerkannt werden. Sofern in diesem Rahmen eine Weiterbildung zu Versicherungsprodukten stattfindet, bspw. zur betrieblichen Altersvorsorge oder Lebensversicherungen, können nur diese Teile der Veranstaltung anerkannt werden. In diesem Fall muss dieser Weiterbildungsteil in dem Weiterbildungsnachweis/Bescheinigung des Weiterbildungsanbieters separat ausgewiesen werden.

5.2. In welchem Umfang können Inhalte aus Studiengängen (Bachelor, Master etc.) angerechnet werden?

Inhalte der in § 5 Abs. 2 VersVermV genannten Studienabschlüsse werden anerkannt, soweit der Bezug zur Versicherungsvermittlung/-beratung besteht. Dieses ist durch eine Teilnahmebescheinigung der Hochschule oder Berufsakademie nachzuweisen.

5.3. Wird die Zeit für Lernerfolgskontrollen oder Prüfungen, die den Abschluss einer Maßnahme bilden, zur Bildungszeit hinzugerechnet?

Ja, wenn die Lernerfolgskontrolle im selben Kalenderjahr erfolgreich abgeschlossen wurde.

5.4. Wird die mehrfache Teilnahme an einer identischen Weiterbildungsmaßnahme innerhalb eines Kalenderjahres angerechnet?

Nein, die Wiederholung von identischen Maßnahmen innerhalb eines Kalenderjahres kann nicht angerechnet werden.

8. Wo kann die Weiterbildung absolviert werden?

Es gibt keine Liste staatlich anerkannter oder zertifizierter Anbieter. Eine Zertifizierung oder staatliche Anerkennung von Weiterbildungsträgern und Anbietern von Weiterbildungsmaßnahmen ist auch nicht vorgesehen. Die IHK kann weder eine verbindliche Vorabprüfung einzelner Anbieter und konkreter Weiterbildungsmaßnahmen anbieten noch dürfen bestimmte Anbieter empfohlen oder eine Liste mit möglichen Anbietern vorgehalten werden.

Die Weiterbildung muss bestimmten Qualitätsanforderungen und inhaltlichen Anforderungen entsprechen. Diese sind in Anlage 3 der VersVermV geregelt.

Siehe dazu im Internet unter: http://www.gesetze-im-internet.de/versvermv_2018/anlage_3.html

9. In welcher Form kann die Weiterbildung erbracht werden?

Die Weiterbildung kann in Präsenzform (klassische Weiterbildungsveranstaltungen durch externe und interne Anbieter; Webinare, die Interaktionen zwischen Dozent und Teilnehmern voraussetzen), in einem Selbststudium mit nachweisbarer Lernerfolgskontrolle durch den Weiterbildungsanbieter (z. B. Online-Schulungen ohne Interaktion zwischen Dozent und Teilnehmern und andere Formen des selbstgesteuerten e-Learning), durch betriebsinterne Maßnahmen des Gewerbetreibenden oder in einer anderen geeigneten Form erfolgen. Auch die Kombination verschiedener Lernmethoden (sog. Blended Learning) ist möglich. Betriebsinterne Maßnahmen des Gewerbetreibenden müssen auch den Anforderungen der Anlage 3 der VersVermV entsprechen.

Beispiele für „Präsenzformen“

Alle Lernformate mit gleichzeitiger Präsenz von Lernern und Lernbegleitern oder Dozenten. Die Präsenz kann als örtliche Präsenz oder virtuell/online erfolgen, z.B.:

- Klassische Präsenzveranstaltungen (z. B. Seminar, Workshop, Tagung, Konferenz)
- Gesteuertes E-Learning, z. B. Webinar (Webinar = „Seminar“, welches online durchgeführt wird und bei dem ein Dozent Interaktionen mit den Teilnehmern hat, z. B. über Audiodiskussion, Chat, Umfragen etc.)
- Blended-Learning (= eine Kombination von Präsenzveranstaltung und Selbstlern-Elementen, die in ein Gesamtkonzept eingebettet sind und durch den Durchführenden begleitet und kontrolliert werden.)
- Einzeltraining (z. B. Praxisbegleitung, Coaching)

Beispiel für „Selbststudium“

Selbststudium ist Lernen anhand von Material (online oder print) ohne Begleitung.

Für dieses Format ist eine Lernerfolgskontrolle zwingend erforderlich, z. B.:

- selbstgesteuertes E-Learning
- Selbststudium mit Büchern, Studienbriefen, Online-Aufzeichnungen von Seminaren

Nicht als Weiterbildung anerkannt werden können z. B. Gespräche des Gewerbetreibenden mit seinen Beschäftigten, die nicht den Anforderungen der Anlage 3 VersVermV entsprechen oder das bloße Lesen von Fachliteratur im Selbststudium ohne Lernerfolgskontrolle.

10. Sind Nachweise und Unterlagen über Weiterbildungsmaßnahmen zu sammeln und aufzubewahren?

Ja. Weiterbildungspflichtige (vgl. oben zu Frage 1) müssen Nachweise und Unterlagen über Weiterbildungsmaßnahmen, an denen sie und ihre zur Weiterbildung verpflichteten Beschäftigten teilgenommen haben, sammeln und fünf Jahre auf einem dauerhaften Datenträger vorhalten und in den Geschäftsräumen aufbewahren.

Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die Weiterbildungsmaßnahme durchgeführt wurde.

Aus den Nachweisen und Unterlagen müssen mindestens ersichtlich sein:

- Name und Vorname des Gewerbetreibenden oder der Beschäftigten,
- Datum, Umfang, Inhalt und Bezeichnung der Weiterbildungsmaßnahme

sowie

- Name und Vorname oder Firma sowie Adresse und Kontaktdaten des in Anspruch genommenen Weiterbildungsanbieters.

16. Kann auch eine von einem Weiterbildungsanbieter oder von einer anderen Stelle vorbereitete Erklärung eingereicht werden?

Ja. Auch eine Erklärung des Weiterbildungsanbieters oder einer anderen Stelle, welche Nachweise für Weiterbildungsmaßnahmen zentral für Weiterbildungsanbieter bereithält, kann eingereicht werden, wenn sie den Anforderungen der Anlage 4 VersVermV genügt. Sie wird inhaltlich geprüft.